

Ab und zu schwindet die CSU-geprägte Stadtrats-Mehrheit ...

Kurz-Bericht zur Stadtrats-Sitzung am 26.10.2010

Einiges lief nicht mehr ganz wie früher. Knappe Entscheidungen waren ebenso drin wie Verluste der CSU-dominierten Mehrheit. Gleich in zwei Punkten war das so.

Über die Zeughaus-Nutzung muß komplett neu diskutiert und in einigen Monaten nach weiteren detaillierten Vorlagen entschieden werden. Eine Mehrheit contra CSU u. ihrem restlichen Anhang, sah das eindeutig so. Eine Abstimm-, „Koalition“ aus unterschiedlichen Lagern (LINKE, Grüne, SPD, SWL und Pro SW) machte es möglich. Einig waren sich alle Stadträte lediglich in der Grund-Konzeption pro Schaffung eines „Mehrgenerationen-Hauses“.

Spannung im Stadtrat auch, als Transparenz bezüglich des neuen „Facility-Managements“ (Ausgliederung Dienstleistungs-Bereiche) gefordert und gezielte Nachfragen zu den Kosten gestellt wurden. Mit knapper Mehrheit (22-20) wurden Antworten auf konkrete Fragen unverständlich abgelehnt. Frank Firsching (DIE LINKE) sprach von einem unwürdigen „Kaperltheater“, wenn „Anfragen nicht beantwortet“ werden.

Wie ernst einige Stadträte das Thema Integration nehmen, konnte an Debatte und Abstimmung über eine Resolution zum Kommunal-Wahlrecht für Menschen aus „Drittstaaten“ (außerhalb der EU) abgelesen werden. Ganze 16 der anwesenden 42 unterstützten den Antrag. Das vollkommen berechtigte Ansinnen wurde, wie Sinan Öztürk berichtete „bei nur 1 Gegenstimme“ auch von anwesenden Stadträten zuvor „im Integrations-Beirat der Stadt angenommen“. Das Abstimmungs-Ergebnis ist kein guter Beitrag zur aktuellen gesamtgesellschaftlichen Debatte.

Total verlegen gab sich die Stadtrats-Mehrheit, wegen des teuren Gutachtens (30 000.-) und Verwaltungs-Gerichts-Verfahrens gegen das Bürgerbegehren wegen Einbezugs des alten Krankenhauses in den Gesundheitspark. Die Stadt verlor. Frank Firsching (LINKE) sprach von „Hochmut und Arroganz“, betonte „DIE LINKE stimmte geschlossen für das Bürgerbegehren“ (insgesamt wagten es noch ganze 12 Stadträte). „Gutachten und Gerichtskosten hätte man sich sparen können“, so Firsching und weiter: es gehe um die „Sinnhaftigkeit des Nutzens“. Er forderte ein „offensives Vorgehen der Stadt“ pro Gesundheitszentrum. Vor der Bürger-Abstimmung, die auf 16.01.2011 festgelegt wurde, müssten alle Wahlberechtigten umfassend informiert werden. Nun haben die Bürger das Wort ob Alt mit Neu verquickt werden soll. Alles eine Frage der sinnvollen Funktionalität und des Preises werden Viele zurecht sagen.

Manche werden an der Stelle denken: Ginge es mit Volksbefragungen nur auch bei anderen wichtigen Themen, wie z.B. gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, so einfach. Da gilt eben Bundesrecht. Nach Grundgesetz (anders als bei Bayerischer Verfassung von 1946) sind leider keine Volksentscheide möglich.

Wolfgang Ziller (Mitarbeiter Stadtrats-Fraktion DIE LINKE Schweinfurt)